

KEIN WEITERER VERKAUF DER STÄDTISCHEN WERKE KASSEL !

Demonstration

Montag, 12. Juni, 14.30 Uhr, ab Königstor Städt.Werke

Kundgebung

15.30 Uhr, Rathaus Kassel

HNA vom 25. Mai: „*Oberbürgermeister Hilgen und Kämmerer Barthel prüfen, ob ein Verkauf von knapp 50 Prozent oder gar knapp 75 Prozent der Städtischen Werke Kassel möglich und sinnvoll ist.*“

Ein Verkauf der Städtischen Werke

➤ **ist wirtschaftlich Schwachsinn**

Die 110 Mio DM aus dem ersten Verkauf sind längst im Haushaltsloch versackt. Verkauf verschleudert das Eigentum von Bürger und Bürgerinnen unwiederbringlich und bedeutet einen Verzicht auf die Gewinne der Stadtwerke.

➤ **bedeutet eine Entmachtung der Kommunalpolitik**

Nicht die Kommunalpolitiker, sondern die Profitinteressen des „Partners“ Großkonzern bestimmen künftig über Preis und Qualität von Wasser, Strom und Gas. Umweltschutz Fehlanzeige.

➤ **öffentliche Dienstleistungen werden teurer bei schlechterer Qualität**

Aktionäre verlangen, dass Kaufpreis plus eine ordentliche Rendite wieder reinkommen, koste es Bürger und Bürgerinnen, was es wolle

➤ **belastet BürgerInnen, insbesondere Hartz IV-Empfänger, Studierende und Auszubildende, aber auch Klein- und Mittelbetriebe**

durch höhere Mietnebenkosten bzw. höhere Betriebskosten

➤ **gefährdet Arbeitsplätze bei den Städtischen Werken, Klein- und Mittelbetrieben**

Privatisierung bedeutet immer Personalabbau. Für Klein- und Mittelbetriebe gibt es Aufträge dann nur noch zu Dumpingpreisen.

Helfen wir Magistrat und Stadtparlament beim „Prüfen“ !



Initiative Bürgerbegehren „Unser Wasser gehört uns!“

Internet: www.is-kassel.org/unser-wasser-kassel;

Email: uwk@is-kassel.org

V.i.S.d.P. Veronika Baier, c/o GEW, Friedrich-Engels-Str.26, 34117 Kassel

Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge Hände weg von unserer Bildung und den Städtischen Werken!

Die hessische Landesregierung will 500 Euro Studiengebühren für alle Studierenden einführen. Dies führt dazu, dass sich viele Jugendliche ein Studium nicht mehr leisten können.

Doch nicht nur Studierende sind von den Kürzungen im Bildungssystem betroffen. Viele SchülerInnen sind gezwungen, in überfüllten Klassenräumen und maroden Schulgebäuden zu lernen. In Kassel suchen zudem wieder doppelt so viele junge Menschen einen Ausbildungsplatz wie offene Stellen vorhanden sind. Für die, die einen Ausbildungsplatz haben, wird diskutiert, ob sie sich einen Lohn teilen sollen.

Solidarität mit den Beschäftigten bei den Städtischen Werken

Zeitgleich zur Debatte über Studiengebühren, wird von der SPD der Verkauf der Städtischen Werke (Gas, Strom, Wasser) lanciert. Die Folge von Privatisierungen sind Arbeitsplatzabbau, schlechterer Service und Qualität und höhere Preise für die Kunden. Dies wird vor allem auch Studierende, junge ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose treffen, die weniger Geld zur Verfügung haben.

Kämpfen wie in Frankreich

Doch nicht nur deshalb sollten wir unseren Protest mit dem gegen den Verkauf der Städtischen Werke verbinden. Denn: nur gemeinsam sind wir stark. Studierende können keinen ökonomischen Druck entfalten. Nur wenn wie in Frankreich die

Beschäftigten mit auf die Straße gehen, können Studiengebühren abgewendet werden.

Stadtverordneten Druck machen

Am Montag, den 12. Juni berät die Stadtverordnetenversammlung über die Einführung von Studiengebühren und den Verkauf der Städtischen Werke. Um den Parteien unsere Meinung kund zu tun und sie lautstark daran zu erinnern, wem sie eigentlich verpflichtet sind, kommt alle zur Demonstration und Kundgebung vor dem Rathaus.

Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums – Bildung ist keine Ware!

Die neoliberale Heilslehre lautet: Weniger Staat, mehr Markt. Durch GATS (Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen) werden öffentliche Betriebe verkauft und Bildung zur Ware gemacht. Diese Politik wird mit dem Argument der leeren Kassen als alternativlos hingestellt. Doch: Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. So haben letztes Jahr die DAX-Unternehmen 20 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet. Notwendig wäre eine stärkere Umverteilung dieses Reichtums zugunsten der Länder und Kommunen, um die Ausgaben für Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge zu bezahlen.

Kontakt/V.i.S.d.P.:

Leonie Blume, leonieblume@gmx.de

Kommt alle zur Demo am Montag, den 12. Juni

Start: 14.30 h vor den
Städtischen Werken, Königstor 3-13

Kundgebung: 15.30 h vor dem Rathaus

(ab 16.00 h Stadtverordnetenversammlung
zu Studiengebühren & Verkauf Städtische Werke)

